

Lehrbeauftragte gegen Ausbeutung

Berlin. An einem bundesweiten Aktionstag gegen sittenwidrige Arbeitsbedingungen an deutschen Hochschulen haben sich am Donnerstag zahlreiche Lehrbeauftragte beteiligt. Am Mittag übergab eine Gruppe von befristet beschäftigten Dozenten in der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft eine Resolution, in der anständige Entlohnung und Entfristung der Arbeitsverhältnisse verlangt wird. Die nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 94.000 Lehrbeauftragten haben meist keinen Urlaubsanspruch und kein Recht auf Mutterschutz. Sie erhalten nur einen Bruchteil des Entgelts Festangestellter. (jW)

Junge Welt 7.11.2014